

# Zeitung deutscher Bergleute.

## Verbands Organ.

Monatlich-Preis für Nichtmitglieder 80 Pf. pr.  
Monat, 90 Pf. pro Quartal frei ins Haus.  
Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pf. pr.  
Quartal 2 Mark 10 Pf. Einzelne Nummern kosten  
40 Pf.

Berantwortlicher Redakteur H. Schlieke.  
Herausgeber Johann Meyer.  
Druck von Frau Jos. Deup, sämtlich in Gelsenkirchen

Nro. 23.

Gelsenkirchen, den 4. Juni 1892.

4. Jahrgang.

### Proletarier-Gebet.

Herr, wenn du bist, warum die Noth  
Die grausige, die mich bedrückt? —  
Warum der Hungerschrei nach Brod,  
Der mir das Herz im Leib zerstöre? —  
  
Mein Weib und Kind — du kennst sie ja —  
Denn, wenn Du bist, mußt du sie kennen —  
Mit hohlen Wangen steht sie da,  
Auf denen Glendzähnen brennen.

Sie fordern keinen ledern Lisch,  
Sie wollen Brod nur um zu leben —  
Und gibst du Andern Fleisch und Fisch,  
Das nackte Brod mußt du uns geben.

Wir haben es so oft erlebt —  
Du hast den Ruf so oft verkommen —  
Doch nur der Zweifel am Gebet  
Und deiner Macht will überkommen.

Nicht Glockeullang, nicht Orgelton  
Giebt Sättigung, wenn wir verschmachten —  
Und Deine Lehre klingt wie Hohn,  
Wenn unser Glaub wir betrachten.

Ein Vater wird die Kinderschaar  
Mit gleicher Liebe stets umfassen; —  
Warum sind wir der Hülfe haarr  
Und arm und freudlos und verlassen?

Herr, wenn du bist, 's ist hohe Zeit  
Um deine Liebe uns zu künden,  
Die Güte und Gerechtigkeit, —  
Sonst — wird der Zweifel überwinden!

Überlegung bedarf und man würde fehl gehen, wenn man dem Kongress eine so große Arbeit zumuteten wollte. Es steht diejenigen überfordert.

In richtiger Erkenntnis und voller Würdigung dieser Schwierigkeiten sah man sich denn auch veranlaßt, eine Körperschaft einzusetzen, welche wenigstens in vorbereitendem Sinne die Aufgaben der internationalen Kongresse regelt. Es soll nämlich ein organisatorischer Ausschuß gebildet werden. Aus nicht weniger als 2 Vertretern jeder Nation bestehend, soll es ihm obliegen, alle das Bündnis angehenden Sachen zu beraten, darüber Bericht und Rath zu formulieren und einem internationalen Kongress vorzulegen. Gerade aus diesem Schlussoz ergibt sich, daß der organisatorische Ausschuß eine ständige Einrichtung sein wird, um alle Geschäfte, die zwischen zwei Kongressen zwölfmonatig der Ausführung bedürfen, zu regeln.

Die Wahl der Ausschußmitglieder selbst geschieht nationenweise, doch hat der internationale Kongress sie zu genehmigen.

Außerdem wird das Bündnis von einem Vorstand geleitet. Dieser besteht aus den Mitgliedern und muß gleichzeitig dem organisatorischen Ausschuß angehören. Zu Beamtenkategorien sind vorgesehen: Der Präsident, Vice-Präsident, Schatzmeister und Generalsekretär. Für die Wahlen zu diesen Posten soll jede Nation je einen Kandidaten aufstellen können und müssen die entsprechenden Anzeigen usw. mindestens einen Monat vor dem internationalen Kongress an den Generalsekretär für das Geschäftsprogramm eingesandt werden.

Der Kongress selbst aber nimmt erst die Wahlen vor. So würde also das zu schaffende Bündnis der einheitlichen Regelung nicht entbehren. Gleichwohl sah man aber auch ein daß eine innigere Verbindung der räumlich getrennter Brüder stattfinden müsse. Um diese herbeizuführen brachte der General Sekretär in Vorschlag mindestens jährliche internationale Kongresse abzuhalten und zwar an dem Ort und zu der Zeit, die nach einstimmiger Empfehlung des Ausschusses oder von dem jährlichen oder sonstigen Kongress bestimmt wird.

Anders steht es mit den außerordentlichen Kongressen aus. Von ihnen ist gesagt: Kein außerordentlicher Kongress soll gehalten werden, wenn die fragliche Sache keine Nation interessirt. Das kann auch mit anderen Worten heißen: Ein außerordentlicher Kongress kann abgehalten werden, wenn auch nur eine Nation die fragliche Sache interessirt. Es scheint uns das zu weitgehend, denn es werden sich häufig Dinge finden, für welche nur eine Nation ein Interesse zeigt. In diesem Jahre wäre das unseres Erachtens der Durhamer Streit; den wir von vornherein für ansichtslos hielten.

Ein solcher Kongress bedarf bei seinem Zustandekommen der Einberufung des Generalsekretärs und des Präsidenten unter der Zustimmung des organisatorischen Ausschusses. Hierdurch allerdings wird diese weitgehende Bestimmung einigermaßen eingeschränkt, ohne jedoch eine vollkommene Garantie für die Vermeldung unvorstelliger und unzweckmäßiger Operationen zu bieten. Auf solchen Kongressen kann jede Nation so viele Abgesandte ernennen, wie es ihr gerathen erscheint.

Des weiteren wird in dem Geschäftsprogramm die Abstimmung für beide Körperschaften bestimmt. Bei Ausschußversammlungen soll dieselbe nach Nationen, bei dem Kongress jedoch nach der Anzahl der Vertreter stattfinden, d. h. die Art und Weise der Stimmenzählung soll nach obiger Methode geregelt werden. Wichtiger und bedeutungsvoller für Deutschland erscheint inebj eine Bestimmung, welche besagt, daß alle an einem Ausschuß oder Kongress teilnehmenden Beamten oder Personen von dem Verband, zu welchem sie gehören, bezahlt werden. Gerade das wird für die deutschen Bündnismitglieder unannehmbar sein. Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten, in diesem Falle mit rein gewerkschaftlichen Fragen befassen, werden nicht als politische betrachtet. Wohl aber jene die einen direkten oder indirekten Einfluss auf die Gesetzgebung und die Gestaltung der internationalen Beziehungen ausüben streben. Wird nun nach letzterer Auffassung, die fiktiv durch Reichsgerichtsscheidung festgelegt ist, geurtheilt, so gilt, sofern er die Besoldung der vorherwähnten Beamten zu regeln beabsichtigt, der Verband deutscher Bergleute als politische Organisation. Politische Vereine dürfen aber nach den hier in Frage kommenden Vereinseignen nicht mit einander in Verbindung treten. Das thun sie aber sobald sie föderale, deren jede als selbstständiger Verein angesehen wird, erzielen und somit wäre der Verband, wenn er das bereits gehabt hätte, in absehbarer Zeit der Auflösung verfallen. Die deutschen Bergleute haben es wohl verstanden, diese Klappe zu umschiffen und ihnen wird es jedenfalls in Zukunft auch gelingen, den Schwierigkeiten, welche sich hier bieten, aus dem Wege zu gehen.

Unseres Erachtens wäre es am besten, wenn man sich für Deutschland einfach mit dem Vertragsindustriensystem begnügen. Richtigfalls aber darf man sich dazu verstehen, die Besoldung der Beamten des internationalen Bündnisses dem Verband anzubürgen. Man würde dadurch die internationale Sache selbst schädigen. Wohl würden die deutschen mit hineingezogen werden, aber die Einsicht auf ihre Landsleute würde zu gering sein, weil die schlechte

Organisationen infolge Auflösung fehlen und die sogenannten "Führer" ohne Heere sind.

Zu den Besitznissen des Präsidenten und Sekretärs gehört es dann noch, so oft sie es für richtig befinden, Ausschußversammlungen zu berufen. Die mit diesen und den Kongressen verbundenen Kosten sollen von den Mitgliedern des internationalen Bündnisses bestritten werden.

Den wichtigsten Punkt, mit dem der Kongress und das Bündnis sich zu beschäftigen haben wird, bildet aber die auf dem Wege internationaler Gesetzgebung zu erzielende Einführung der 8-Stundensicht. Man wird hier voransichtlich auf die vom Kongress am 31. März 1891 angenommene Resolution zurückkommen und wahrscheinlich diesen Beschluß der Verwirklichung entgegenführen. Diese Resolution besagte folgendes:

"Der jetzt (am 31. März 1891) in der Bourse du Travail tagende internationale Gruberarbeiter-Kongress ist der Ansicht, daß eine allgemeine und internationale Arbeitszeitfeststellung eventuell zu einer Nothwendigkeit werden kann, um eine Achtstundensicht zu erlangen. Ehe aber zu einer so außerordentlichen Maßregel Zuflucht zu nehmen ist, läbet der Kongress die Regierungen und Parlamente der in diesem Kongress vertretenen Nationen ein, einen Internationalen Vertrag zu bewilligen, welcher die Achtstundensichtfrage in Bezug auf Minen, d. h. sowohl Staatsminen als privaten Unternehmungen behanbeln soll."

Dieser Internationale Vertrag soll denjenigen Verträgen nachgebilbet werden, welche die verschiedenen Regierungen für die Ordnung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienste angewendet haben."

Ob es je zu einer internationalen Arbeitszeitfeststellung kommen, ob diese erfolgreich durchgeführt werden wird, gehört nach unserer Auffassung zu den größten Unwahrscheinlichkeiten. Abgesehen davon, daß in solchen Fällen die Organisationen ganz anders beschaffen sein möchten, wie bisher, kommt noch ein anderer Umstand dazu, der keineswegs außer Acht zu lassen ist. Bei dem Stillstand der Kohlenförderung würden die Eisenindustrie und fast alle anderen Gewerbearten brach liegen. Die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter würde ins Unermeßliche sich steigern. Hunger, Not und Elend würde auf ihnen lasten und der knurrende Magen würde viele von ihnen zu Streikbrechern machen. Der internationale Kongress wird auch diese Frage eingehend zu prüfen haben. Hoffentlich wird es ihm dabei gelingen, zu einem Ergebnis zu gelangen, das alle Bedenken in den Schatten stellt und eine feste geschlossene internationale Verbrüderung herbeiführt.

### Hoher Lohn — kurze Arbeitszeit.

Wenn man dem deutschen Durchschnittsphilister sagt, daß Bestecken der gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter sei die Erzielung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit, so weiß er sich vor sittlicher Enttäuschung kaum zu fassen. Das denkt ihm ettel „Faulheit“ und „Begehrlichkeit“, wenn man, wie er meint, weniger arbeiten und dafür besser bezahlt sein will.

Wenn der deutsche Philister durch eine Rechtsseitigkeit und seinen beschränkten Unterthanenverstand den Spott der ganzen zivilisierten Welt herausfordert, so mutet er auch Anderen zu, sich für möglichst lange Arbeit mit geringem Lohn abfinden zu lassen und in stummer „Zufriedenheit“ sein Glück zu suchen.

Die Beschränktheit, die in dieser Beleidigungsschau steht, kommt aus dem Mittelalter und ist herübergekommen aus Zuständen, in denen noch die Zweigproduktion des zunftmäßigen Handwerks genügte, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu decken; aus Zeiten, da von einer Weltwirtschaft noch keine Rede war.

Wer die modernen Zustände begreift, der wird ganz von selbst einsehen, daß sie auch in Bezug auf die Ausdehnung und die Entlohnung der Arbeit ganz andere Bedingungen erheben. Anderwärts bringt diese Erkenntnis wohl etwas leichter durch, bei dem deutschen Philister am schwersten.

Der amerikanische Nationalklub vom Schönhof hat die Wirkungen der Mac Kinley Bill untersucht und hat in den Resultaten seiner Forschungen auch seine Abschätzungen über die Arbeiterfrage veröffentlicht, mit der er sich lange Zeit beschäftigt hat.

Er führt aus, daß diejenige Arbeit die billigste sei, welche bei kürzeren Arbeitsstunden und höheren Löhnen geleistet wird. Schönhof sagt sogar, Nordamerika habe es gar nicht nötig, sich durch einen Zolltarif gegen die schlecht bezahlte europäische Arbeit zu schützen, weil Amerika immer noch billig produzieren könnte.

Wenn man der Leistungsfähigkeit eines Arbeiters nicht zu viel zumutet, so werde der bei hohem Lohn zu 9 oder 10 Stunden mehr fertig stellen, als ein schlecht bezahlter und ein schlecht geführter Arbeiter in 16 bis 18 Stunden. In der That liegt darin das Geheimnis der Billigkeit der amerikanischen Waren trotz hoher Löhne.

Der gut bezahlte amerikanische Arbeiter — soweit er eben ein solcher ist — geht mit Lust und Liebe an seine Arbeit, die ihn nicht überanstrengt, und die sich gut lohnt.

Zweck dieser Vereinigung wird nun sein: 1. die Bergbau treibenden Nationen der Welt zusammenzutragen. 2. die unterirdische Arbeit vom Einfahren bis zum Ruffahren auf eine 8-stündige Schicht zu beschränken, 3. eine gehörige Minen-Aufsicht und Inspektion zu erzielen, mit Einschluß des Rechts der Arbeiter besondere und zwar von dem Staat besoldete Inspektoren zu wählen, 4. zu allen internationalen Zwecken gemeinschaftliches Verfahren zu empfehlen, 5. die nötige Macht zu organisieren, um gesetzliche Verordnungen geltend zu machen, und 6. alle rechtmäßigen Mittel anzuwenden, um sämtlichen Bergwerken angestellten Personen gerechte Kontrakte und billiges Gehalts zu zusichern.

Es liegt auf der Hand, daß die Durchführung dieser Pläne einer langwierigen Thätigkeit und ernster eingehender

er verwendet mehr Aufmerksamkeit und Fleiß darauf; eine ausreichende Ernährung erfordert ihm den Aufwand an Körperkräften.

So wird er, das ist nicht schwer zu begreifen, in 9 oder 10 Stunden allerdings mehr oder bessere Arbeit liefern, als ein Arbeiter, der von langer Arbeitszeit ermüdet und geschwächt, und der bei elendem Lohn nicht im Stande ist, die verbrauchten Körperfähigkeit wieder zu erneutzen, der unlustig zur Arbeit und unsicher in seinen Handlungen wird.

Das Übermaß macht unlustig; es geht doch Vente, die sich belägen würden, wenn sie alle Tage Trüffeln essen mühten. Warum soll da der Arbeiter nicht unlustig werden, wenn er täglich 15, 16 oder 18 Stunden dieselbe mechanische Arbeit zu leisten hat.

England hat nach Schönhof die zweitbilligste Arbeit, und er meint, es sei lächerlich, wenn England mit seinen 55 Stunden Wochenarbeit sich vor den 66 Stunden deutscher Wochenarbeit fürchte.

Die Staaten des Kontinents suchen sich durch Schutzsätze gegen die englische Arbeit zu schützen; daß die besser bezahlte englische Arbeit auch die billigere sei.

Das Alles kann natürlich nur relativ genommen werden, denn sowohl in Amerika als in England giebt es Brauchen, die sehr schlecht bezahlt sind, und je nach den Konjunkturen des Waare marktes wählt auch die „Reservearmee“ der Beschäftigungslosen.

Die Entwicklung des Maschinenwesens schwächt auch den Unterschied der Leistungsfähigkeit ab. Der Kapitalismus hat in jenen Gegenden dieselben schlimmen Einflüsse und Wirkungen wie bei uns; sie wurden aber manchmal gemildert durch das Koalitionsrecht, das die Arbeiter in England und Amerika haben.

Vor allem aber steht fest, daß man bei gewissenhafter Forschung, auch ohne Sozialdemokrat zu sein, zu der Überzeugung kommen muß, daß niedrige Löhne und lange Arbeitszeit ein großes Unglück für ein Volk sind, vielleicht das allergrößte.

Die Wirkungen davon bringen Unheil in alle Verhältnisse und führen zu den permanenten Krisen und Geschäftskrisen, während bei höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit die Arbeiter nicht nur körperlich und geistig gedeihen sondern auch durch höhere Konsum die Störungen und Krisen der Geschäftswelt weniger heftig und empfindlich machen würden.

Höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit liegen sonach zu einem guten Theil sogar im Interesse der Unternehmer selbst, was sie leicht einsehen können, wenn sie das ganze Wirtschaftssystem nicht von so kleinen Gesichtspunkten aus betrachten würden.

Die Krise des Kapitalismus wird ihr treiben, immer auf niedrigere Löhne hinzuwirken und diese Regelung macht sich in Amerika und England fühlbar wie bei uns. Nur scheint uns, daß in jenen beiden Ländern die praktische Einheit weiter geht, als bei uns.

## Generalversammlung des sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes.

Die organisierten Bergleute des Königreiches Sachsen hielten am Sonntag, den 22. Mai ihre Generalversammlung ab. Dieselbe wurde 20 Minuten vor 4 Uhr vom Vorstande eröffnet.

Vertreten waren 2834 Stimmen; die anwesenden Delegierten vertreten 3607 Stimmen und dazu kamen noch 223 Einzelmitglieder.

Nach einer kurzen Geschäftsvorberufung wurde vom Vorstand vorgelegte Geschäftsordnung mit 2 Zusätzen, die Bedeutung der Riedet mit Ausnahme der Autragsteller auf 10 Minuten zu beschränken und die Beschlusshfähigkeit der Versammlung anzuerkennen, so lange noch 100 Mitglieder anwesend sind, angenommen.

Hierauf erhält Herr Seibertlich das Wort zur Jahresrechnung und stellt einige darin vorgetragene Drudfehler fest. H. Sachse tabelliert das späte Herausgeben des Jahresabschlusses. P. Horn fragt an, wie hoch sich das Defizit der Zollstelle Willau beläuft. P. Pötsche, Mitglied der Kontrollkommission, erklärt, daß eine wichtige Verschärfung der Herausgabe des Jahresberichts die Kontrollkommission mit verschuldet habe. Das Defizit der Zollstelle Willau beträgt 400 Mark. Horn tabelliert den Kassier und die Kontrollkommission, welche den Abschluß 1889 abgenommen hat, denn das bewirkte Defizit sei im Laufe einiger Jahre entstanden; er bittet schließlich die Generalversammlung, es abzuhauen, daß gegen den betreffenden Ömann gerichtlich vorgegangen wird. Seibertlich vertheidigt sich gegen die erhobenen Vorwürfe.

Nach einer lebhaften Debatte wird der Antrag Horn angenommen.

P. Pötsche stellt den Antrag, den Kassier zu Zwischenstift für das Willauer Defizit verantwortlich zu machen. Da der Antrag nicht schriftlich gestellt ist, wird nicht sofort die Diskussion darüber eingetreten.

Die Führerrede wird hierauf von der Generalversammlung abgenommen und der Vorstand erlässt.

Zu Punkt 2, Neuwahl des Vorstandes und Abstimmung des Kontrollkommissionssatzes, beantragt P. Pötsche im Namen der Kontrollkommission, die Gehälter der Beamten zu fixieren. Die bisherige Prozeßberechnung sei eine sehr schwierige und aufwändige gewesen.

Model schlägt 1300 M. für den 1. Vorstand und für den 1. Kassier vor; dieser Antrag wird angenommen, abgelehnt werden dagegen die Anträge, welche dahin gehen, den Beamten außer ihrer Dienstzeit eine Thätigkeit als Geschäftsführer zu verbieten. Die zu wählenden Vorstandsmitglieder müssen wieder wie bisher in einem bestimmten Umkreise von den Bürgern wohnen.

Hierauf wird eine Stimmengangreservekommission gewählt, die selbe besteht aus 16 Mitgliedern, 12 erneut die Versammlung aus ihrer Mitte, je 2 Mann entsendet der Vorstand und die Kontrollkommission dazu. A. S. S. der Kontrollkommission wird hieran wieder bestimmt.

Die Berufung Rudolf Kähns in Gollenberg gegen seine Ausschließung wird anerkannt, die Verbandssteuern sollen ihm, da er arbeitslos ist, bis mit Monat Mai erlassen werden aber die Beerdigungskasse muß er nachzahlen.

Die Zeitung „Glückauf“ wird wieder als Verbandsorgan anerkannt.

Der Bezug auf die außer Landes stehenden Mitglieder wird beschlossen, wenn dieselben bei ihrer Abreise Bürgerstellen und sonst ihren Verpflichtungen gegen die Kassen nachkommen, bleiben ihnen während ihres Aufenthaltes in europäischen Ländern alle Rechte, mit Ausnahme des Rechtsschutzes, gewahrt.

Wegziehende Mitglieder, die ausgetreten sind, sollen, wenn sie binnen Jahresfrist wieder zurückkehren ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden.

Über den Autrag Gläubert, daß die Gelde der Beerdigungskasse nur unbedingt angelegt werden dürfen, wird, da man die sichere Anlegung der Gelde für selbstverständlich hält, zur Tagesordnung übergegangen.

Die neuen Statuten, welche gegenwärtig dem Ministerium noch zur Genehmigung vorliegen, sollen 4 Wochen nach ihrer Zurkündigung in Kraft treten und weiter wird beschlossen, der neu gewählte Vorstand bleibt bis zur nächsten statutengemäßen Generalversammlung in Funktion, das Erscheinen des neuen Status ändert seine Stellung nicht.

Der Autrag des Vorstandes betreffend Anfang eines Haushaltungsstückes wird an den Vorstand und die Kontrollkommission zur näheren Erwähnung zurückgewiesen. Doch soll ein Büro eingerichtet werden, in welchem der Vorstandeinfuß Tascher sowie die Kontrollkommission ihren Sitz nehmen müssen. Büroanzzeit von 8—12 Uhr Mittags und 2—6 Uhr Nachmittags, also 8 Stunden.

Zu den nothwendigen Utenstücken muß ein feuerfester Geldschrank gehören, der nur unter Beiziehung von 2 Vorstandsmitgliedern geöffnet werden kann.

Sobald der neue Vorstand von der Behörde bestätigt worden ist, wird das Büro an errichtet.

Die Entschädigung für die auswärtigen Delegirten, von denen 46 anwesend, wird nach dem alten Sache bemessen und beträgt insgesamt ca. 300 Mark, doch sollen auch Delegirten, welche eine Schicht versäumen, dafür extra vergütet werden.

Ein Autrag, nach welchem der Vorstand nicht mehr als 100 M. als Darlehn oder Reisegeld an Mitglieder zahlen und ein solches Unterstützungsgelehr innerhalb zwei Jahren nicht wiederholt werden darf, wird abgelehnt. Der Autrag Bent-Wiltau, die Kosten des Willauer Defizits zu zweidrittel dem bisherigen Kassier zur Last zu legen, wird angenommen. Weiter soll dem Mitglied H. Zimmermann-Planitz auf ein zu erwerbendes Haushaltungsstück aus der Beerdigungskasse 4000 M. und aus der Verbandskasse 2000 M., als erste Hypothek gelten.

Den gemäßregelten Mitgliedern Korn und Rockstroh wird eine Unterstützung von je 50 Mark bewilligt. Eine schriftlich eingegangene Beschwerde vom Mitglied E. Groß, wird, da sich niemand darüber zum Wort melbet, zurückgelegt. Ein Autrag, dahinlantend, es den Orenten zur Pflicht zu machen, daß die Delegirten in Versammlungen gewählt werden, wird angenommen.

Hierauf verkündigt der Vorstande das Resultat der Vorstandswahl. Definitiv gewählt sind: Hermann Sachse mit 2899 Stimmen, erster Vorstand. Anton Strunz mit 2793 Stimmen, zweiter Vorstand. Paul Horn mit 2853 St. erster Kassier. August Lorenz mit 3030 Stimmen erster Schriftführer. Friedrich Schneller mit 3441 Stimmen zweiter Schriftführer. Christian Paster 2807 Stimmen erster Beisitzer.

Für einen zweiten Kassier und zwei Beisitzer war im ersten Wahlgang eine absolute Majorität nicht zu erzielen. Im zweiten Wahlgang werden gewählt: Hermann Vogel mit 1612 Stimmen, zweiter Kassier. Moritz Kirsch mit 1612 Stimmen Beisitzer. Christian Schöniger mit 1629 Stimmen Beisitzer.

Die Versammlung, die sich in Folge der Wahl noch etwas lange hinau-zog, wurde 12 Uhr vom Vorstande Ebert geschlossen. Die Verhandlungen verliefen sehr ruhig und bewiesen eine rege und verständnisvolle Teilnahme der Anwesenden. Sie zeigten, daß auch das Grubenproletariat gesonnen ist, die Leitung seines Geschickes selbst in die Hand zu nehmen. Möge es ihnen mit gutem Erfolge gelingen, zum Wohle ihrer selbst und ihrer darbenden Brüder. In diesem Wunsche rufen wir den Bergleuten Sachsen zu feierlichen Rufen und Sängen ein frohes, fröhliches Glück auf zu.

## Kundschau.

Die Minister des Innern und des Handels haben eine Auflösung, betreffend die Israeliden- und Antersverfügung erlassen. Daraus hat, wenn in einer Ortschaftssatzte zu wenig Marken eingekauft sind, die untere Verwaltungsbehörde dem verpflichteten Arbeitgeber das rächerliche Gut eben der Marken aufzutragen; ergibt sich, daß zu viel Marken beigebracht sind, so hat die untere Verwaltungsbehörde die überschüssenden Marken zu vernichten. Sind die Marken einer zu niedrigen Lohnklasse verwendet, so hat die untere Verwaltungsbehörde zunächst den verpflichteten Arbeitgeber zur nachträglichen Beibringung der erforderlichen Zahl von Marken der richtigen Lohnklasse aufzuhalten. Ein Beurichtigungsverfahren wegen angeblicher Verwendung von Marken einer zu hohen Lohnklasse hat die untere Verwaltungsbehörde nur dann einzuleiten, wenn glaubhaft dargethan wird, daß Arbeitgeber und Beschäftigter sich nicht über eine Beurichtigung in der betreffenden Höhe geeinigt haben. Sind die Marken einer zu niedrigen Verhältnisse von Marken der richtigen Verhältnisse herabgebracht, so ist die nachträgliche Erhöhung von Marken der richtigen Verhältnisse zu veranlassen. Ist bei einer Selbstversicherung oder freiwilligen Fortbildung des Verhältnisses zwischen den Beiträgen der Zavarmarken unterblieben, so ist gleichfalls zunächst die Beurichtigung vorzunehmen.

Sind Doppmarken zu Unrecht beigebraucht, so ist der verpflichtete Arbeitgeber zur Beurichtigung der richtigen Marken anzuhalten. Bei der Übertragung des Inhalts der alten Karte in die neue sind nur die gültigen Eintragungen zu berücksichtigen, die bei Beurichtigung auheim gefallenen Marken außer Betracht zu lassen. — Sehr häufig begegnet man bei irriger Auffassung bei Arbeitgebern, daß sie einen Arbeiter, der nicht im Besitz einer Ortschaftssatzte der Industrie- und Altersversicherung ist, aus diesem Grunde bei der Werbung um eine Stelle zurückweisen. Diese Ansicht ist eine durchaus falsche. Denn nach den betreffenden Vorschriften dürfen die Polizeibehörden eine Ortschaftssatzte nur für Gemeinden ausstellen, der gegen Lohn beschäftigt ist. Einem Stellunglosen ist also hierach die Beschaffung einer Ortschaftssatzte unmöglich und es bringt daher diese Unkenntnis der Arbeitgeber sogar eine gewisse Höre den Arbeitnehmern gegenüber in sich. Erst wenn der Arbeiter die Stellung inne hat, ist es des Arbeitgebers Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß derselbe sich eine Ortschaftssatzte besorgt. — \*

— Kupferring in Sicht. Nach einer Mitteilung der „Saale-Zeitung“ beschäftigt die „Gewerkschaft des Mansfelder Kupferbergbaues“ — natürlich lauter guter Bourgeois — sich einen Schutzpol zu erwirken, und sie hat sich deshalb an den Handelsminister v. Berlepsch gewandt, der auch eine recht freundliche Haltung angenommen haben soll. Unseren Taschen droht also eine neue Gefahr. Ein Kupferring hilft, daß das deutsche Volk den Besitzern der deutschen Kupferwerke, die sehr teure Waare liefern, einen höheren als den Weltmarktpreis zahlen soll. Ein Kupferring, der sich durch den Staat einen Monopolpreis sichern soll, ist um kein Haar breit weniger verwerthlich, als ein Kupferring, der dieses Ziel mit privaten Mitteln zu erreichen sucht. Das Publikum wird von dem Einen wie von dem Anderen ausgeplündert. \*

— Der Mansfelder Bergbau ist von einem schlimmen Wasserrunglick betroffen. Die Wasserzufüsse haben sich verartig vermehrt, daß die größten Kraftanstrengungen aller vorhandenen Pumpen das Steigen der Schachtgewässer nicht aufzuhalten, sondern nur noch verlangsamen können. Wenn nicht bald eine Wendung zum Besseren eintritt, so muß der traurige Gewißheit ins Auge gesehen werden, daß das extragünstigste Erzrevier nach und nach erfaulen muß. Es handelt sich um 18 000 Berg- und Hüttenleute und 40 000 Angehörige dieser Arbeiter. \*

— Schon zu wiederholten Malen hat es sich gezeigt, daß mit Bruchleidern behaftet, daß sie sich während oder bei der Berufstätigkeit zugezogen zu haben glaubten, die bittere Erfahrung machen müssen, mit dem vermeintlichen Entschädigungs-Ansprüchen abgewiesen zu werden. Zu dieser so wichtigen Frage über die Entstehung der Bruchleiderei ist nun vor kurzem eine längere Abhandlung des Vertrauenbarztes der Berliner Schiedsgerichte, Dr. Blasius, erschienen. Derselbe führt den Nachweis, daß ein Bruchleid überhaupt nicht plausibel entstehen könnte, und beruft sich zur Begründung seiner Ansicht auch auf zustimmende Zeugnisse bekannter ärztlicher Autoritäten (Binhart, König, Gardeleben, Busch, v. Hoffmann und Moser.) Insbesondere führt er folgende Ansprüche Mosers an; erkennt: „Das Reichsversicherungsamt hat sich, wie wir scheint durch die alterthümliche und von der Wissenschaft längst überlegte Vorstellung allzusehr leiten lassen, wonach die Brüche infolge von körperlicher Anstrengung oder körperlicher Gewalt entstehen sollen“; dann zweitens: „Wenn es einem Arbeiter gelingt, sich durch die unwahre Behauptung, daß er bei der Arbeit einen Bruch bekommen habe, eine lebenslängliche Rente zu verschaffen, dann wird dieses Beispiel leicht verführend auf andere Arbeiter einwirken, und so kann es kommen, daß das Unfallversicherungsgebez in manchen Kreisen einen geradezu demoralisierenden Einfluß gewinnt.“

Wie nah diese Befürchtung liegt, kann schon die Thatache beweisen, daß allein im Bezirk der Sektor 2 der Appelations-Berufungsgericht auf Antrag desselben innerhalb weniger Tage zwei Bergleute durch Urteil der Strafklammer des Königlichen Landgerichts zu Eßlin vom 27. April c. bzw. der Königlichen Strafklammer zu Wölkau vom 30. April c. wegen Betrugsvorwurfs zu einer Gefängnisstrafe von je 6 Wochen verurtheilt werden mußten, weil sie unter der falschen Vorstellung, durch einen Betriebsunfall einen Bruchleid erlitten zu haben, Rentenaussprüche geltend gemacht hatten, obgleich sie wußten, und ihnen auch nachgewiesen werden konnte, daß sie mit diesem Bruchleiden schon längere Zeit behaftet gewesen. Das Interesse der Berufsunfallversicherungen erheischt die peinlichste Prüfung aller aus Bruchleidern hergeleiteten Rentenansprüche. Dabei darf es zum allgemeinen Schutz gegen unberechtigte Ausbeutung nicht unterlassen werden, in jedem Falle, wo ein Betrugsvorwurf erkennbar wird, unanachlässlich die gerichtliche Bestrafung herbeizuführen. \*

— Schuh bei Leben der Bergleute. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ geben der Sozialdemokratie den Rath, anstatt die Berungslücke der Bergleute durch schlagende Wetter immer der heutigen Wirtschaftsordnung über der Gewissenssorge der Kohlenbarone zur Last zu legen, lieber der Leichtfertigkeit entgegen zu treten, mit welcher sich manche Arbeiter über die Sicherheitsvorschriften hinwegsetzen. Die Gattung der schlagenden Wetter hätte vielfach in solcher Weise fertiglich ihre Ursache. Wenn doch die Offiziellen in Arbeitersangelegenheiten auf das Rathgeben verzichten wollten! Die Leichtfertigkeit ist bei der heutigen Entwicklung der Technik sehr leicht so einzurichten, daß das Leben der Bergleute nicht vom Leichtfeste eines der heutigen abhängt. Das kostet aber Geld, würde also die Diktaturen kosten. Bei rheinisch-westfälischen Zeichen hat die Behörde schon ihre lieb Noth gehabt, dieselben zur Beschaffung verhältnismäßig geringfügiger Schuhstättchen zu veranlassen. Wenn die Beobachter und Beobachter in ihren Gruben selber arbeiten müßten, würde ihnen die Notwendigkeit der besten Wetterfahrung und sonstiger Verbesserung des Bergbetriebes schon begreiflich werden.

Davor befürchtet sie freilich die kapitalistische Gesellschaftsordnung und sie haben gut reden über den Beichtstuhl mancher Arbeiter, gegen den eben kein Sprit gewachsen ist, weshalb eine wirklich arbeiterfreundliche Bergarbeiterverwaltung von ihm das Sein oder Nichtsein ihrer Arbeiter nicht abhängig sein läßt.

Der Wasserzufluß im Viktoriastadt in Ossen (Böhmen) war etwas schwächer. Es geht das Gericht, doch auch die Schächte Nelson, Fortschritt und Eisela überflutet seien. Die Übertagsanlage des Anna-Bruno-Schachtes ist gänzlich niedergebrannt.

Ihr Erscheinen eine Übersicht angeschrieben worden wäre. Außerdem wurden den 5 Mann eine Ml. Brüderkosten bewilligt. Sicherlich, so nehmen wir an, wird nun bestimende Steiger sein „Lodenmühlens Haupt“ mit der Bergbaukronen frischen Vorbeis schmücken können, denn das seine getrennten Eleganzen in Anbetracht ihrer königlichen Belohnung, es an rauhenden Beträgen nicht fehlen lassen haben werden, obwohl wohl keiner weiteren Erwähnung.

**Bildstock.** Radau, Rauda, so'n bisschen bumm, bumm, das scheint jetzt das Begrüßungswort der sonst so friedlichen und sansiblithigen „christlichen“ Sozialen zu sein. Seit jüngster Zeit halten sie nämlich hier Versammlungen ab, welche sich gegen den Rechtsschutzverein erklären sollen. Natürlich gelingt das auch zum Theil, obgleich es ja für den angegriffenen „sozialistischen“ Verein außerhalb belanglos sein kann, zumal wenn man die Zusammenfassung der fragl. Versammlungen beobachtet. Freunde des Rechtsschutzvereins werden einfach nicht zulassen, aber, wenn sie wirklich unerlaubt für denselben eintreten sollten, niedergebrüllt. Vorwiegend soll hier der Kriegerverein seine Hand im Spiele haben, was auch durchaus natürlich ist, da die meisten Mitglieder beschäftigt sind. Sie haben unter sich eine Commission gewählt und sind zum Theil so brave Knappen, daß sich die Feder strahlt, verschiedene Punkte ihres Lebenslaufes anzuführen. So haben zwei von ihnen früher Bildhauerbetrieb getrieben. Desfalls waren diese „christlichen Patrioten“ aber wenig hold.

Als sie auch mal wieder ein so recht feisten Weihnachtsfest braten, einen Rehbock erlegt hatten, wurden sie dabei überfrohnt.

Aus Feigheit schüttelten sie den Staub von ihren Füßen und verließen das Land. Später kamen sie aber zurück. Der Eine von ihnen hatte während seiner Dienstzeit die Sabotscheide verloren, was jedenfalls nicht gerade darum Zeugnis giebt, daß er reichlichen Genuss geistiger Gedanken abhält ist. Es wurden ihm darum die Gefreitenknöpfe entzogen. Außerdem erzählte man sich von der ganzen Gesellschaft Dinge, die am besten hier verschwiegen sein mögen.

Der Präsident Schrot aus Bildstock war zwar 1889 schon im Streik und brüstete sich damals nicht wenig. Später aber zog er sich „mutig“ davon zurück. Möglich, daß ihm der Posten des Gastrers nicht ergiebig genug über zu gefährlich war. Sich das aber die maßgebenden Personen, so steht es mit der Gesellschaft kaum ein Jota besser. Abgesehen davon, daß die verschiedensten Branchen an der Versammlung teilnahmen, waren zumeist solche zugegen, welche überhaupt keine Freunde vom Beitragssystem sind. Sie handeln getrennt nach dem Grundsatz jeder blamirt sich so gut er kann, und beschließen, ohne daß es sie etwas angeht, über das Wohl und Wehe des „sozialdemokratischen“ Rechtsschutzvereins. Natürlich erhalten sie da bei den Herren eine gute Nummer. Da kommt dann ein gar vornehmes Bölkchen, daß sich der Bauernscherzen, „verschämt und begehrlich gemacht“ Bergleute annimmt. So wie erst kürzlich der Justizrat Boltz aus Saarbrücken und der Berginspektor Hilger sich hinter verschlossenen Thüren in diese „verdienstvolle“ Aufgabe der „Volksaufklärung“ thielten. Hüter al' diesen ruht auf dem erhabenen Polster des olympischen Götterstuhles die treibende Kraft, der Jupiter tonaus des Saarreviers, der „arbeiterfreundliche“ Kapitan Dasbach und schlendert durch die „S. Johanner Volkszeitung“ seine „verrichtenden“ Geistesblüte. Doch hange machen gilt nicht, so denkt man auch hier.

Eine am 18. abgehaltene Versammlung des Rechtsschutzvereins bewies genugsam und überzeugend, daß nur eine verschwindende Minorität Gefallen an dem von jenen „Volksbegleitern“ verzopften Unrat findet und das liegt lediglich daran, weil es immer noch genug ja wir sagen, sogar zu viel von jener Sorte Menschen giebt, die nie alle werden. **Herrenjahr.** Gestatten Sie mir die Wichtigstellung einer Correspondenz des „Voten an der Saar“ vom 4. Mai er über eine von mir am 8. Mai er. in Herrenjahr gehaltenen Rede über die Bergarbeiter-Verhältnisse. In den Mund ist mir gelegt die Anerkennung: daß man von den Arbeitern als vom Böbel spreche und daß ich aus eigener Erfahrung sage kann, daß es nichts Schwungigeres als den prozenhaften Geldböbel gäbe. Ich hatte aufgestellt, daß es nach unseren modernen ethischen Ansprüchen nur einen einzigen wahren Adel gäbe: den der Berufskarriere. Alles andere ist Scham und Schein. Ich hatte nämlich die werlwürdige Thatsache berichtet, daß die Meister der Arbeitsberufe bei einem gewissen Rhythmus trachteten, auf dem bürgerlichen Staad in den des Adels überzutreten und stellte die Frage, ob es nicht vielleicht davon herkomme, daß dieselben wünschten, daß man der Entwicklung ihrer bürgerlichen Periode nicht zu genau nachspäre. Zu dieser Auffassung bewege mich der Verluß dieser Unternehmerwelt, welche zu den Seiten Stelberg, Owen, Syros nicht mehr Achtung als die Kaufleute im Alterthum gewusst haben, ihrem Stand in dem von ihnen 1872 gegründeten unternehmenssozialistischen Organ Concordia Monnemente durch Biographien bedeutender Late nehmer resp. Kapitalisten zu errichten. In diesem Blatt versuchte man zwei Biographien. Und was ergab sich. Beide seine Herren (natürlich jetzt Adelige) hatten ihr eritisches Werberkapital als Schmuggler erworben. Sapienti sat! Allerdings sagt ja auch, daß der Arbeit ein Gedanke feindlich gegenüberstehe.

Wichtiger ist die Differenz meiner Rede und der fraglichen Correspondenz bezüglich des Banngesetzgebasten Dasbach. Ich sagte nicht, mein Gutachten für die Arbeit sei „eitel Spiegelrechte“. Ich behauptete nur, daß er nicht im Stand sei, gegen den Willen des wegen seiner agrarischen Kirchen und Privatinteressen kapitalistischen Gutes mit erfolgreicher Energie für die Interessen der Bergarbeit einzutreten. Ich machte auf das schwächliche Auftreten Dasbach's in der 2. Sitzung der Berggesetzkonferenz an der Hand des Benographischen Berichts aufmerksam. Nur wo die agrarischen Interessen mit den Bergarbeiterinteressen übereinstimmen, wie beim Besitzungsnahezuweis, um angehobte Landarbeiter von der Hauerarbeit fern zu halten, ist er nachdrücklicher aufgetreten. Dagegen klagt jetzt seine Presse, daß in der ihm entgegenstehenden Presse alle Unbilligkeiten der Bergbeamten hervorgehoben werden. Ja was hat er dann falsch gemacht, als das Gute noch nicht Regierungspartei war? Wie sehr ich Rott harte, bewußt die vor einigen Tagen in der Südsächsischen Zeitung trans-

pirierte Publikation, welche enthält, wie die eigene Partei (als agrar- und industrielikapitalistische) ihn, Dasbach, bereits in der 2. Sitzung „an die Kette gelegt hat.“ Ganz und gar verlassen hat Dasbach die Bergarbeiter in der Frage, die Arbeit nicht mehr nach dem Maß, sondern, was die enolichen Gruberarbeiter längst erreicht haben, nach dem Gewicht zu lohnen. Die neueste Agitation für christlich-patriotische d. h. für konservativ-ultramontane Vereinigungen der Bergarbeiter beweist das noch mehr. Man will den Rechtsschutzverein sprengen, wenn er für die Arbeiter und nicht für die Unternehmerinteressen eintritt. Das Eintreten für die eigenen Interessen, den achtstündigen Arbeitstag, die Maister, die Vertretung an Congressen usw. wird als sozialdemokratischer Unfug verschimpft. Das Anhören eines Sozialdemokraten gilt als Lobsünde, denn dieser hat für die als Kinder behandelten Arbeiter in den Pfaffen- und Regierungsblättern als „Wauwau“ oder „Kubifresser“ zu dienen. Aber die Welt geht vorwärts! Die Arbeit verlangt ihr Recht, keine Gnade! Der Gruberarbeiter und Agitator Burns ist vor Kurzem Mitglied einer Akademie geworden, deren Mitglieder die ersten Männer und Gelehrten — der Sozialpolitik sind. Auch der Bergarbeiter des Saarreviers hat Berstand für seine ökonomischen Angelegenheiten und braucht für diese keinen gesetzlichen Anspruch.

**Aschersleben.** Sozialdemokraten wollen nichts verbieten! Es dürfte dies wohl das neueste sein, was auf dem Gebiete des Humors je vorgekommen ist.

Wohl hat man schon oft von der Begehrlichkeit der Bergarbeiter und Sozialdemokraten gehört, auch wohl, daß dieselben nicht arbeiten sollen; — aber, daß dieselbe nichts verdienst will, ist uns neu. Nun, ein „Unterbeamter“ des heiligsten Kultwerkes hat es behauptet, also muß es wohl schon wahr sein. Noch dazu „derselbe“ die hiesige Belegschaft in Knappschafsaangelegenheiten zu vertreten hat. Der Gang der Sache war folgender. Der eine Beamte R. fragte seine Kollegen S.:

Wie viel holen dann Deine Leute von hinten?

R.: Nun, 80, auch ein paar mehr.

S.: Soviel haben „meine“ noch nicht gekriegt.

R.: Wer alles fährt denn bei „Dir“?

R.: (Kennt 4—5 Namen, darunter den eines bekannten Verbandsmitgliedes usw.)

R.: Na, das ist ein Sozialdemokrat, der will nichts verdienen.

Der bewußte Sozialdemokrat war Förbermann (Schlepper) er hatte seit 10 Jahren die Bergarbeit gemacht und hatte doch bisher auch nicht von der Luft allein leben können. Der betreffende Aufseher beweist somit eine beschränkte Unverantwortlichkeit, was man von ihm, als „Knappschaf-Meister“ eigentlich nicht voransetzen sollte. Jämmerlich ist dies ein eigenartig s. Zischen seiner Täglichkeit und werden sich höchst bedauern.“ Zum Schlusse hierzu sei erwähnt, daß der selbe Aufseher früher auch nur (wie alle anderen), Arbeiter gewesen ist und diesen Posten nur seiner Qualifikation zu verdanken hat. Wie es nun mit dem Wulig Verdienst gemeint ist, darüber ein anderes Mal, nur soviel steht fest, daß, wenn bei einem Lohn von M. 3,80, noch 5 Pf. pro Wagen abgezogen werden, nicht das gleiche verdient werden kann.

Hierzu kommt die „Höchlichkeit“ der Unterbeamten und Fühlung derselben mit den Arbeitern; was niemals zu erfreulich-n. Verhältnissen zwischen beiden führen kann.

**Gießen.** Zu Hilfe, daß Wasser schwemmt uns die Sozialdemokraten ins Land. Das ist der Schreckensruf, welcher jetzt im Mansfelder Königreich Menschen erdrückt. Das „Dödchen“ läßt folgenden Schreckensruf aus:

„Auf dem Schafbreiter Revier haben sich leider in neuerster Zeit die Wasserzuflüsse derartig vermehrt, daß sie trotz der größten Katastrophengräber vorhandenen Pumpen nicht bewältigt werden können, sondern noch fortwährend im Steigen begriffen sind. Was nicht bald eine Wendung zum Bessern eintritt, so ist die traurige Aussicht vorhanden, daß nicht nur das erwähnte Revier, sondern auch das mit demselben durchschlägige Gießener Revier nach und nach erfassen wird. Natürlich werden der Mansfelder Kapferschieferbaudende Gewerkschaft alle Mittel, welche Wissenschaft und Erfahrung an die Hand geben, benutzt werden, um diese für unsere ganze Gegend bedrohliche und verderbliche Möglichkeit abzuwenden. — In bisheriger vorsorglicher und arbeiterfreundlicher Weise wird auch unter den eigenen schwierigen Verhältnissen gestrebt, daß den Mannschaften, soweit es menschenmöglich ist, Arbeit und Verdienst gewahrt bleibt. Mögen unsere Berg- und Hüttenleute das feste Vertrauen und die gewohnte Treue bewahren und nicht auf die Worte der Klostergreuber und Hörer hören. Die „Rothen“ jubeln in ihren Blättern über die Niedriglage, sie äußern in hämischer und gemeiner Weise ihre Freude und suchen die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu deuten. Aber ihre Pläne sollen und müssen scheitern, denn Mansfelds Berg- und Hüttenleute werden fest und entschlossen wie in den guten, so auch in den hoffentlich nur vorübergehenden, bösen Tagen zu ihrer Arbeitgeberin und deren Angestellten stehen!“

Gemeint, wie immer liegt das Blatt. „Die Rothen jubeln über die Niedriglage der Arbeiter.“ Wir halten es unter unserer Würde, darauf professionsmäßigen Berleumündern zu antworten; eins allerdings ist uns klar geworden, daß Königreich Sachsen ist ins Wedeln gekommen und die absolute Herrlichkeit g. ht zu Ende, daher der panische Schrecken.

**Delitzsch.** Die 35 Jahre alte Kohlenfeuer Friederike Dietel von hier wurde am Freitag auf einem hiesigen Kohlenwelle beim Scheren der Wäsche, als sie einer Hausrat rauschmollte mit ihren Kleibern zu nahe gekommen war, von der Welle erfaßt und so schwer verletzt, daß sich die Leberfrüchte der schwer Verletzten in das Duschhospital wichtig mache.

Vor einigen Tagen verunglückte in einer hiesigen Stein Kohlengrube der 33 Jahre alte Zimmerling Kraft Louis Steiner aus Gersdorf dadurch schwer, daß er, bei Reparaturen von Barrieren beschäftigt, von einem schnell laufenden Hant erfaßt und Verletzung am Kopfe, sowie Quetschungen der Rippen und des Brustkorbes erlitt.

**Waldenburg.** Verzweifelte Anstrengungen, als Knappskräfte ein Mandat wiederzuerhalten macht ein Gläubiger im heutigen Wochenblatt, indem er in stilistischer Entfaltung über die rührige Werbearbeit der heutigen Verbandsmitglieder zu Gunsten ihrer Kameraden ausricht. Da Ausfällen gegen den Verband fehlt es natürlich auch hier nicht. So spricht er von einer Einzahlungskasse, in welche die Knappskräfte selbst umgewandelt werden sollte, dazu bestimmt, die Agitatoren der vermeintlich guten Sache zu bezahlen. Natürlich ist das eine elende Versäumung, denn gerade der Verband, von dem dasselbe behauptet wird, hat bisher gezeigt, daß er keine Mittel scheut, seines Mitgliedern besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Ob die Knappskräfte trotz ihrer höheren Mitgliederzahl und höheren Beiträge auch nur annähernd in gleichem Verhältnis mit ihren Leistungen dazu steht wagen wir fraglich zu bezweifeln, denn nach den bisherigen Erfahrungen geht der weitauß größte Prozentsatz der Beiträge für Verwaltung

der Knappskräfte verloren, daß somit eine Reform bringend erscheint, ist zweifellos und die Bergleute hätten wahllich Anlaß genug, sich in diesem Sinne zu entscheiden. Ihre Wahl dürfte nur Männer treffen, die frei und rücksichtslos ihre Interessen vertreten, nicht aber Leute, denen keine Mittel, nicht einmal ein kapitalistisches Kästchen zur Erreichung ihres Ziels, ihrer Selbstempfehlung zu schlecht ist.

### Briefkasten der Redaktion.

Erlöge Einsendungen müssen wegen Raumangst zurückbleiben.

H. J., Calbe a. d. Saale. Müssen angemeldet werden.

H. P., Wanzeleben. Allerdings müssen Sie für die vermeintliche demagogischen Bestrebungen Beweise erbringen. Ohne solche können auch wir Ihren Wünsche nicht willfahren.

**Sölde.** Die Polizei ist nicht berechtigt, Ihnen die Sammellisten fortzunehmen.

**Schören.** Die Verlesung von Artikeln aus dem Korrespondenzblatt ist nicht strafbar. Seien Sie doch ohne Sorge.

**Ashers Leben.** Auch Ihnen kann die Polizei nichts anhaben.

**Berghofer-Mark.** Die fragl. Anzeige finden Sie in Nr. 22 auf der letzten Seite, zweite Spalte als dritte Annonce von unten.

**Buer.** Mitglieder. Möder hat bis jetzt kein Geld eingezahlt. Quittungsbescheinigung erwünscht.

Meyer.

### Berichtigung.

Im letzten Geschäftsbericht sind dem Bezirk Hombruch I 30 Mark berechnet, welche für höchsten I berechnet werden müssten.

Joh. Meyer.

**Kameraden, gedenket der gemäßregelten, arbeitslosen und in Noth gerathenen Kameraden! Tretet der Unterstützungsstasse bei und forget dafür, daß jeder leidende Kämpfer zu seinem Rechte gelangt!**

**Des Pfingst-Festes wegen müssen alle für die nächste Nummer bestimmte Anzeigen etc. bis spätestens Samstag Morgen in den Händen der Redaktion sein.**

### Bekanntmachung.

Die Mitglieder wollen darauf achten, daß beim Bezahlen der Beiträge eine Quittungsmarke verabschiedt wird. Mit dem Stempel quittieren ist ungültig.

Dr. Vorstand.

**Die zur Deckung der Unkosten des internationalen Kongresses ausgegebenen Sammel-Listen sind bis Sonnabend den 4. Juni einzusenden.**

### Verband Deutscher Bergleute.

**Samstag, den 23. Juli 1892.**

### Vorstands-Sitzung

**in Gelsenkirchen, Friedrichstraße 47.**

**Sonntag, den 24. Juli 1892,**

**Vormittags 11 Uhr,**

### General-Versammlung

**im Saale der W. Rötländer, Hernerstraße Nr. 1, Bochum.**

#### Wählen der Delegierten zur Generalversammlung.

Die Wahlen müssen in der Art und Weise geschehen, daß eine Bezirkszählung vorgenommen werden soll, sobald auf 500 Mitglieder ein Delegierter gewählt wird.

Die Anordnung zu den Wahlen resp. die Eintheilung der Bezirke ist nach den im vorigen Jahre gegebenen Anweisungen auszuführen.

In den weitliegenden Bezirken, wie: Saar-Nieder-, Bair. Pfalz, Worms-Rhein, Provinzen Schlesien und Sachsen, Ashalt soll des hohen Kostenpunkt halber, auf je 2000 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden. Dieser soll über auf je 500 Mitglieder 1 Stimme und somit als Vertreter von 2000 Mitglieder 4 Stimmen haben.

Jeder Delegierte muss sich in der Generalversammlung durch ein Mandat legitimieren. Dasselbe muss die Zahl der abgegebenen und auf den Delegierten entfallenden Stimmen, sowie die Bezeichnung des Bezirks und die Unterschrift von mehreren Mitgliedern, die den Vertreter entsandt haben, enthalten.

#### Wahl des Vorstandes und Controll-Ausschuß-Mitglieder.

**Sämtliche Wahlen geschehen durch Stimmzettel.**

Im übrigen bleibt sich die General-Versammlung ihre Geschäftsführung selbst.

Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Wahl einer Geschäftskommunikationskommission.
3. Berichterstattung der Mandatprüfungskommission.
4. Wahl eines Büros.
5. Bericht der Geschäftsvorrichtungskommission.
6. Bericht des Vorsitzenden.
7. Bericht des Kassiers.
8. Bericht des Controllausschusses.
9. Statutenberichtigung.
10. Auftreibung bzv. Wahl zum Vorstand und Controllausschuss.
11. Abschieden.

Über auf vorliegende Tagesordnung bezughaftenen und darüber herausgehenden Fällen, sowie die Namen der Delegierten, sind bis zum

**15. Juli** an den 1. Vorsitzenden Dr. Schröder, Gelsenkirchen, Friedrichstraße 47 einzurichten.

Der Vorstand.

### Consum-Angelegenheiten.

Die Liste befreit Abreißburg von Dividenden pro 1891 liegt vorhant, ob für die Mitglieder in der Filiale Aplerbeck im Verkaufsstelle offen.

**3. Landeskronen, Brackel, Eving, Kirchörde u. Wattenheide** werden die Listen am 20. Juni er. in den betreffenden Verkaufsstellen ausgelegt.

Zur Abreißburg hat jedes Mitglied sein Statutenbuch vorzulegen.

Der Vorstand.

**Diejenigen Vertrauensmänner, welche bis jetzt noch kein Mitglieder-Verzeichnis an den Central-Vorstand gesandt haben, wollen dasselbe schenkt besorgen.**

**Bor dem internationalen Congress**

werden sämmtliche in Rheinland-Westfalen zu Delegierten Gewählt auf

**Freitag den 3. Juni,**  
Nachmittags 5 Uhr,

zu einer

**Vorbesprechung**

nach Gelsenkirchen, Friedrichstraße

47 eingeladen.

Diesgleichen sind alle Gelde, welch-

zur Deckung der Congreßkosten be-

hauptet sind, bis zu diesem Zeitpunkt

einzureichen.

**Gild auf**

**Ludwig. Schröder,**

Vertrauensmann für Deutschland.

**Gelsenkirchen, Friedrichstraße**

47 eingeladen.

**Borholz 2**

**2. Pfingst Feiertag Nachm. 4 Uhr**

**Versammlung**

Borschlag zum Vertrauensmann.

Zahlung der Beiträge und Verschie-

deues. Zahlreiches Erscheinen noh-

wendig.

**Der Vertrauensmann.**

**Vom 17. bis 28. Mai ging**

**folgende Beiträge für die Unter-**

**sitzungskasse ein:**

**Kirchörde 1, W. B.** 4,40

**Carnap, A. L.** 2,20

**Witten, H. Bohmann** 2,-

**Bochum 1, C. B.** 1,60

**Bochum 2, M. F.** 1,50

**Kaltenhardt, H. M.** 1,-

**Caterberg, B. S.** 3,-

**Bocholt, von einer Hochzeit durch**

**G. B.** 7,65

**Altenessen, P. M.** 0,50

**Mülheim 2, H. Schanenburg** 6,40

**Haarzopf, W. Sch.** 1,90

**Haarzopf, von einer Hochzeit** 4,10

**Mülheim 1, F. Sch.** 1,-

**Mülheim 1, Verein Knoppenbund** 5,-

**Caterberg, A. B. Hochzeits-**

**fest** 2,30

**Wiedenbergen, Fr. O.** 6,20

**Herne, H. Müller** 9,-

**Herne, Eine Wette** 3,-

**Gelsenkirchen, den 28. Mai 1892.**

**Mit Gild-Auf!**

**J. Meyer, Cässler.**

**Dortmund 5.**

**Am 9. Montag, (2. Feiertag) Morg-**

**11 Uhr, beim Wirth Hause, Sunder-**

**weg 43**

**Versammlung.**

Der Wichtigkeit halber werden die

Mitglieder ersucht, sich Mann für

Mann einzufinden.

**Der Vertrauensmann.**

**Dortmund 1.**

**Montag, (2. Feiertag) Nachmittags**

**4 Uhr, beim Wirth Herrn Wuttke**

**auf dem Berge**

**Versammlung.**

Zahlreiches Erscheinen nohwendig.

**Der Vertrauensmann.**

**Dorfstfeld.**

**Montag, (2. Feiertag)**

**Versammlung.**

Zahlreiches Erscheinen nohwendig.

Es wird an die Zahlung der rück-

ständigen Beiträge erinnert.

**Der Vertrauensmann.**

**Westrich.**

**Montag, (2. Feiertag)**

**Versammlung.**

Es wird an die Zahlung rück-

ständiger Beiträge erinnert.

Mitglieder, welche 3 Monate rück-

ständig sind, wird die Zeitung ent-

zogen.

**Der Vertrauensmann.**

**Durchholz.**

**Montag, den 6. Juni (2. Feiertag)**

**Zahlung der Beiträge.**

Nach dem Zahlungstermin werden

Beiträge für den Consum-Verein ent-

genommen.

**Der Vertrauensmann.**

**Dortmund 2.**

Die Versammlung am 1. Feiertag

fällt aus und findet am 2. Feiertag,

Nachmittags 4 Uhr statt. Wichtiger

Sachen halber wird jeder ersucht zu

erscheinen.

**Der Vertrauensmann.**

**Bergedorfmark.**

Den Mitgliedern der Zahlstelle

Bergedorfmark zur nochwaltigen Kennt-

nis, daß der Zahlungstermin auf

jeden zweiten Montag im Monat</p